Jenni Brichzin*

Wie politische Arbeit Evidenz erzeugt

How Evidence Results from Political Work

Eine ethnografische Studie zur kulturellen Produktion in Parlamenten

An Ethnographic Study of Cultural Production in Parliaments

DOI 10.1515/zfsoz-2015-1022

Zusammenfassung: Welcher Logik folgt politische Praxis in Parlamenten? Diese Studie setzt an einer Forschungslücke an, die sich an der Schnittstelle zwischen Soziologie und Politikwissenschaft eröffnet und politische Praxis in politischen Institutionen immer noch in großen Teilen als „black box“ erscheinen lässt. Die praxistheoretische Konzeption Pierre Bourdieus hilft, diese black box weiter aufzubrechen: Das politische Feld erscheint als Feld der kulturellen Produktion, die zugehörige Praxis als Form der Aussagearbeit, die gewöhnliche Ideen zu Ideen mit gesellschaftlicher Mobilisierungskraft transformiert. Wie diese Transformation empirisch vonstattengeht, wird anhand einer ethnografischen Studie auf vier parlamentarischen Ebenen herausgearbeitet. Das resultierende Modell politischer Arbeit macht mit den drei zentralen parlamentarischen Arbeitsmodi – politisches Spiel, Themenabfertigung, politische Gestaltung – die produktive Dimension des politischen Umgangs mit Ideen bei der Erzeugung von Evidenz sichtbar.

Schlüsselwörter: Parlamente; politische Praxis; politische Soziologie; kulturelle Produktion; Modell politischer Arbeit; Evidenz.

Abstract: What kind of logic underlies political practice in parliaments? This study investigates the black box that continues to reside at the intersection of sociology and political science: political practice inside of our main political institutions has yet to be further illuminated. Bourdieu's practice theoretical approach helps to do this: in the political field, seen as a field of cultural production, political practice is a form of conceptual work which transforms ordinary ideas into ideas with the capacity for social mobilization. The process of such ideational trans-

formation is empirically reconstructed in an ethnographic study of four parliamentary levels. The resulting model of political work with its three crucial parliamentary work modes – political game, issue dispatch, and political formation – uncovers the productive dimension of political work in the process of the generation of evidence.

Keywords: Parliaments; Political Practice; Political Sociology; Cultural Production; Model of Political Work; Evidence.

1 Über das Bohren harter Bretter

Das politische Feld ist eine der zentralen Sphären moderner Gesellschaft, als solches ist es in besonderem Maße den mit Globalisierung und Pluralisierung beschriebenen gesellschaftlichen Wandlungstendenzen ausgesetzt. Im Zuge dieser Prozesse haben sich die Anforderungen an Koordinierungsleistung und Problemlösungskapazität der Politik deutlich erhöht, und damit sind auch die Erwartungen, die den politischen Akteuren entgegengebracht werden, beträchtlich gestiegen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in einer Situation also, in der sich diese Entwicklungen bereits abgezeichnet hatten, richtet daher Max Weber in seiner Rede „Politik als Beruf“ das Wort an die zukünftigen PolitikerInnen seiner Zeit (Weber 1992). Er unternimmt hier den Versuch, jene auf eine in voraussetzungsvoller Weise als „Berufung“ verstandene und mit „Verantwortung“ und „Augenmaß“ auszuübende Tätigkeit einzuschwören. Auf eine Tätigkeit also, die hohe Charakterstärke, Durchhaltevermögen und persönliche Fähigkeiten beim „starken, langsamen Bohren von harten Brettern“ (Weber 1992: 82) – also der politischen Arbeit an der „Sache“ (Weber 1992: 62) – erfordert. Weber entwirft so das Profil eines Berufsstandes, der aus seiner Sicht in der Lage sein wird, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen: Durch „leidenschaftliche“ (Weber 1988: 524) Beschäftigung mit der politischen Sache.

*Korrespondenzautor: Jenni Brichzin, Institut für Politikwissenschaft und Soziologie, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Wittelsbacherplatz 1, 97074 Würzburg, E-Mail: jennifer.brichzin@uni-wuerzburg.de

Aber was macht eigentlich die Tätigkeit der professionellen politischen Akteure aus, worin besteht die Praxis, die hier mit der Metapher des Bohrens harter Bretter angesprochen wird? Auf diese Frage gibt es in der Soziologie vor allem zwei klassische Antworten. Die erste dieser beiden lautet: Politische Praxis ist unvermeidlich Machtpraxis (vgl. Foucault 2005: 224 ff.). Politik dreht sich demnach um den mehr oder weniger offen ausgetragenen Kampf um gesellschaftliche Vormachtstellung, der in Demokratien in domestizierter Form – etwa entlang der Unterscheidung von Regierung und Opposition (Luhmann 2002: 96) – stattfindet. Das normative Ideal rationaler Volksherrschaft scheint aus solcher Perspektive den ungleichheitsproduzierenden Charakter, welcher als Kern jeglichen politischen Prozesses erachtet wird, lediglich zu verdecken. Analysen in dieser Tradition vollziehen nicht selten Aufdeckungs- und Entlarvungsbewegungen mit, die den öffentlichen Diskurs zu Politik prägen (vgl. Maier 2000: 47). Während diese Theorieperspektive auf die Machtwirkung politischer Praxis fokussiert, rückt eine andere prominente Betrachtungsweise des Politischen den spezifischen Gegenstand dieser Praxis – auf dem ja letztlich auch die Machtwirkung „beruht“ (Weber 2013: 210) – ins Blickfeld, den sie in „kollektiv bindenden Entscheidungen“ ausmacht (Easton 1965: 352 f.). Die zweite klassische Antwort lautet entsprechend: Politische Praxis muss als Entscheidungspraxis beschrieben werden. Der Fokus auf Entscheidungen ermöglicht dabei die Evaluation der gesellschaftlichen Wirkungskarriere inhaltlicher Festlegungen, die im politischen Prozess getroffen werden (vgl. Pressman & Wildavsky 1974), und er erlaubt die rationaltheoretische Rekonstruktion individueller Entscheidungsursachen (vgl. Pappi et al. 1995). Die „black box“ (Easton 1957: 390) des Entscheidungsfindungsprozesses selbst, die eigentliche politische Praxis also, verbleibt hingegen im Hintergrund des Erkenntnisinteresses.

Das Ziel der folgenden Untersuchung ist es, genau diese „black box“ aufzubrechen, indem sie politische Praxis in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Betrachtung rückt. Bereits vor einem guten halben Jahrhundert findet sich eine derart praxisanalytische Erkenntnisrichtung in einer instruktiven Analogie in der bahnbrechenden Parlamentsstudie „The Legislative System“ (Wahlke et al. 1962) vorgezeichnet: „Action in the legislative arena can no more be wholly comprehended by merely recognizing that its object is primarily to ‘make laws’ than can football be comprehended by knowing its object is to score more points than the opposing side.“ (Wahlke et al. 1962: 136) Es steckt darin der noch heute aktuelle Appell, sich verstärkt der internen Logik politischer Prozesse zuzuwenden – anstatt mit der Untersuchung erst dort zu beginnen, wo

jener Prozess bereits weitgehend abgeschlossen ist (vgl. Schöne 2010: 15). Diesem Appell folgend fokussiert die vorliegende Studie auf die politische Praxis in Parlamenten – in jenen zentralen demokratischen Institutionen also, für welche die Diagnose fehlenden Praxiswissens in besonderem Maße gilt (Abschnitt 2). Die zu beantwortende Forschungsfrage lautet: Welcher Logik folgt politische Praxis in Parlamenten? Um diese Praxisebene in den Blick zu bekommen, wird eine theoretische Perspektive in Anschlag gebracht, die nicht bei den Produkten (Entscheidungen) oder den Wirkungen (Macht), sondern bei der produktiven Dimension der politischen Praxis selbst ansetzt: Pierre Bourdieus Verständnis des Politischen als Praxis der kulturellen Produktion (Abschnitt 3). Wie jener Vorgang der kulturellen Produktion dabei konkret abläuft, wird anhand der Daten aus einer ethnografischen Parlamentsstudie auf vier parlamentarischen Ebenen herausgearbeitet (Abschnitt 4). Jenes empirische Material ermöglicht die Rekonstruktion eines Modells politischer Arbeit in Parlamenten (Abschnitt 5). Letztlich lässt sich parlamentarische Praxis damit als eine Praxis der Erzeugung symbolischer Evidenz, also der Hervorbringung von Machtwirkungen durch die Herstellung unmittelbarer Einsichtigkeit von Deutungsweisen, begreifen (Abschnitt 6).

2 Parlamentarische Praxis – eine neue Forschungsperspektive

Gegenstand dieser Untersuchung sind also Parlamente, die zentralen demokratischen Institutionen moderner politischer Systeme. Parlamente lassen sich bestimmen als „aus regelmäßig stattfindenden Wahlen hervorgehende Vertretungskörperschaften mit der Aufgabe der Volksvertretung“ (Marschall 2005: 58), wobei sie sich „aus einer Vielzahl an individuellen gleichberechtigten Repräsentanten [zusammensetzen], die über ein freies Mandat verfügen.“ (Marschall 2005: 58) In gegenwärtigen Demokratien kommt man an ihnen nach wie vor nicht vorbei: Auf sie laufen viele institutionalisierte ebenso wie nicht institutionalisierte politische Prozesse zu, die sich um die Funktionen der Entscheidungsfindung, der Meinungsartikulation, der Regierungskontrolle und der Legitimation drehen (Schüttemeyer 1986: 164; vgl. Beyme 1999; vgl. Bagehot 1971). Sie dienen als zentrale Professionalisierungsstellen politischen Personals, sie stehen im Fokus öffentlicher Politikwahrnehmung (Mayntz 2002: 211), darüber hinaus spielen sie auf allen politischen Einflussebenen eine gewichtige Rolle (vgl. Scharpf 1985). Nicht zuletzt haben sich Parlamente historisch als „einer der lebensfähigsten

konstitutionellen Mechanismen zur institutionalisierten Schlichtung von politischen und sozialen Konflikten“ (Beyme 1999: 525) erwiesen. Diese Befunde legen zumindest die Relativierung postdemokratischer Abgesänge auf Parlamente nahe.

2.1 Analyse politischer Institutionen als Desiderat soziologischer Politikforschung

Doch die Wahl des Forschungsgegenstands ist nicht nur der Zentralität dieser politischen Institutionen geschuldet. Die Erfassung politischer Praxis ist gerade in Bezug auf Parlamente ein drängendes Forschungsdesiderat: Die stillschweigende Arbeitsteilung zwischen Soziologie und Politikwissenschaft lässt eine Lücke gerade dort, wo es um politische Praxis in politischen Institutionen geht (siehe Brichzin 2016a: 91f.). So stehen zwar politische (Verfassungs-)Institutionen, unter ihnen zentral Parlamente, im Fokus des Erkenntnisinteresses der Politikwissenschaft. Doch jenes Interesse richtet sich nach wie vor maßgeblich auf die strukturellen Konstitutionsbedingungen politischer Institutionen, wie sie sich etwa in Verfassungsrechtsnormen spiegeln (vgl. Schöne 2010: 15). Die besondere Expertise der Soziologie hingegen liegt gerade in der differenzierten Erfassung praktischer sozialer, speziell auch politischer Vollzüge (vgl. Nassehi/Schroer 2003). Im Ansinnen, der klassisch politikwissenschaftlichen Engführung des Politischen auf politische Institutionen zu entgehen, verliert sie diese allerdings weitgehend aus dem Blick und widmet sich stattdessen im gesellschaftlichen Alltag ablaufenden politischen Prozessen (vgl. Siri 2012). Versteht man Praxis mit Pierre Bourdieu als Logik der (habituell ausgerichteten) Reaktion sozialer Akteure auf die immer „unvorhergesehenen und fortwährend neuartigen Situationen“ (Bourdieu 1979: 165), aus denen sich auch der Alltag konstituiert¹, so lässt sich konstatieren: Genuine Praxisanalysen politischer Institutionen finden sich kaum, die Frage nach der Logik politischer Praxis in Parlamenten bleibt bisher weitgehend offen.

2.2 Der Beitrag der Parlamentarismusforschung: über die Ausstattung parlamentarischer Situationen

Dabei hat gerade die Parlamentarismusforschung (bzw. die „legislative studies“) eine Vielzahl praxisrelevanter Einsichten hervorgebracht, insbesondere was die institutionelle Ausstattung parlamentarischer Situationen betrifft. Die institutionelle Ausstattung bezeichnet die Bedingungen parlamentarischer Praxis, ohne die jene Praxis nicht zu verstehen ist. Die Erträge jener Forschungstradition ermöglichen dabei fundierte Aussagen zu vier zentralen Konstituenten parlamentarischer Praxis: zu deren Rahmenbedingungen, zu den parlamentarischen Akteuren, zu parlamentarischen Beziehungskonstellationen sowie zur Differenzierung in unterschiedliche parlamentarische Kontexte. Diese werden nachfolgend im Überblick zusammengefasst (siehe ausführlich: Brichzin 2016a).

Die Analyse der Rahmenbedingungen lässt sichtbar werden, dass parlamentarische Praxis unter drastischen Überfrachtungslagen operiert. Dies insbesondere in dreierlei Hinsicht. Erstens inhaltlich gesehen: Parlamente sind aufgrund der historisch sukzessiven „Expansion der Staatstätigkeit“ (Ismayr 2009: 37) und der damit einhergehenden Ausweitung politischer Gestaltungsräume (Lessenich 2008: 12 ff.) mit prinzipieller inhaltlicher Allzuständigkeit belegt (z. B. Patzelt/Edinger 2011: 11; Ismayr 2009: 37). Zweitens, und als Konsequenz aus jener Flut politischer Inhalte, lässt sich Überfrachtung in zeitlicher Hinsicht feststellen: Zeit – zu verstehen als kritischer Faktor parlamentarischer Praxis (Palonen 2008) – ist chronisch knapp, was ein großer Teil der Abgeordneten durch Ausweitung der eigenen Arbeitszeit wettzumachen sucht (Patzelt 1996: 480; Best et al. 2011: 174). Drittens schließlich sind die politischen Akteure auch in normativer Hinsicht mit beträchtlichen Anforderungen konfrontiert (vgl. Hitzler 1994: 281) – unter Berufung auf die demokratische Idee wird von ihnen gemeinwohlorientierte Selbstverleugnung und durchsetzungsstarke Authentizität, wird eigenständig-intensive Auseinandersetzung mit der Sache und volksrepräsentativer Gehorsam (und vieles mehr) zugleich erwartet. Überfrachtung in inhaltlicher, zeitlicher und normativer Hinsicht ist dabei nicht etwa ein lediglich gelegentlich auftretender Ausnahmezustand, sondern muss als Teil des parlamentarischen „business as usual“ begriffen werden.

Die parlamentarischen Akteure, die jene Überfrachtung bewältigen müssen, werden in der Regel als Angehörige eines professionalisierten Berufsstands begriffen (Borchert 2003), die im Zuge ihrer Professionalisierung auch Distanz zur Bevölkerung aufbauen. Dies wird bei-

¹ Abweichend von gängigen gegenwärtigen praxistheoretischen Ansätzen (vgl. Reckwitz 2003).

spielsweise sichtbar, betrachtet man die sozialstrukturelle Zusammensetzung des parlamentarischen Personals, die sich in Bezug auf Bildung, berufliche Sozialisation, das Geschlechterverhältnis und die Altersverteilung beträchtlich vom Durchschnitt der Bevölkerung unterscheidet (vgl. Feldkamp 2011). Die Verweildauer im Bundestag liegt recht konstant bei durchschnittlich zehn Jahren, wobei mit jeder Wahl ca. ein Drittel neuer ParlamentarierInnen einzieht (vgl. Feldkamp 2011). Um den Einzug zu schaffen ist allerdings bereits vorab langjähriges politisches Engagement – die „Ochsentour“ – erforderlich (Patzelt 1996: 467). Welche Kenntnisse es genau sind, die man sich auf diesem Weg aneignen muss, bleibt bis heute wenig expliziert: gerade für das neben inhaltlichem und organisatorischem Wissen benötigte politische Wissen trifft dies zu (vgl. Sarcinelli 2011: 131). Als Teil des letzteren wird zwar Wissen um Ideologien und ihre Wirkung, Wissen um politische Positionen und deren strategische Nutzbarkeit, Wissen um die Bildung von Koalitionen und Allianzen, Wissen um die Regeln politischer Konfrontation und Konsensbildung (vgl. Wodak 2009: 46; Searing 1994: 372) aufgezählt – letztlich enden Überlegungen dazu jedoch häufig im Hinweis, man müsse eben die „rules of the game“ beherrschen (Searing 1994: 372).

Der Blick auf die einzelnen Abgeordneten ist allerdings unzureichend². Dies nicht nur, weil die allermeisten parlamentarischen Einflussrechte Gruppenrechte sind (vgl. Schüttemeyer 2003: 82): Praxis lässt sich schlicht nicht als voluntatives Ergebnis individueller Entscheidungen begreifen. Bisher dominieren zwei Zugänge zu parlamentarischen Beziehungen: Ein „Modell bürokratisch-rationalen Fortschritts“ (Leuschner 2011: 13), das in politischen Beziehungen nur den illegitimen Ausdruck undemokratischer Irrationalität erkennen kann, steht dabei einer Perspektive gegenüber, die Beziehungen als konstitutiven und effizienzbedingenden Bestandteil einer in Policy-Netzwerken fundierten „projektbasierten Polis“ (Leuschner 2011: 13) begreift. Schon 1989 stellen jedoch Renate Mayntz und Friedhelm Neidhardt – in einer der sehr wenigen dezidiert soziologisch angelegten Parlamentsstudien – fest, dass es vor allem auch die Verankerung von Beziehungen in der parlamentarischen Praxis zu verstehen gilt. Sie rücken dabei Konkurrenz als „elementare Erfahrung“ jener Praxis in den Vordergrund (Mayntz/Neidhardt 1989: 374), wohingegen sich etwa Vinzenz Leuschner in einer jüngeren Untersuchung mit dem Einfluss parlamentarischer Freundschaften auf die Handlungsfä-

higkeit in diesem komplexen Gremium auseinandersetzt (Leuschner 2011: 319). Künftige Untersuchungen zu parlamentarischen Beziehungskonstellationen könnten an diese Einsichten anschließen und sich gerade mit dem Wechselverhältnis von Konkurrenz und Kooperation in der politischen Praxis auseinandersetzen.

Parlamentarische Praxis hängt also von Beziehungen, sehr stark aber auch vom jeweiligen Kontext ab, in dem sie sich bewegt, und gerade Parlamente sind kontextuell äußerst stark differenziert. Zwei Ebenen der Kontextdifferenzierung lassen sich jedoch als zentral herausarbeiten: Erstens die Ebene der Machtverhältnisse mit den Kontexten Regierung und Opposition, die zumindest in parlamentarischen Regierungssystemen zu den basalen Selbstverständlichkeiten der Parlamentsanalyse gehören (vgl. Ismayr 2003: 47). Dies, weil von den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen vieles abhängt – von der Wahl der Regierung über die Zusammensetzung der parlamentarischen Gremien bis zu den Erfolgchancen bei legislativen Initiativen (vgl. Marschall 2005: 163). Zweitens die Ebene der Diskussionsarenen, mit den hauptsächlichen Kontexten Plenum, Ausschuss und Fraktion. Während das Plenum vor allem als „Schaufenster“ (Marschall 2005: 117) gegenwärtiger Machtverhältnisse dient, läuft die eigentliche politische Arbeit in deutschen „Arbeitsparlamenten“ (Steffani 1965) in Ausschüssen – die Diskussionen verlaufen hier nicht selten viel weniger konfrontativ und stärker kollegial als im Plenum (vgl. Oertzen 2009) –, vor allem aber innerhalb der Fraktionen – im Spannungsverhältnis zwischen freiem Mandat und fraktionellem Kohärenzdruck – ab. Auf diese kontextuelle Vielfalt reagieren die ParlamentarierInnen mit einer facettenreichen Praxis, die mit Hilfe der Unterscheidung „typischer“ (Patzelt 1996: 480) Einzelkomponenten – von Sitzungsteilnahmen, Kommunikationsaktivitäten mit KollegInnen, Verwaltung und BürgerInnen, Informations- und Kontakttätigkeiten, administrativen Aufgaben, Lektüre und Korrespondenz (vgl. Holtenkamp 2011: 110; Patzelt 1996: 480 f.; Herzog et al 1990: 86 f.) – beschrieben wird.

2.3 Theoretische Suchbewegungen: was machen die Akteure?

Die übergreifende Logik parlamentarischer Praxis bilden diese Kategorisierungsversuche jedoch nicht ab (vgl. Busby 2013: 95; Wodak 2009: 24), sie bleiben deskriptiv. Dies vor allem deshalb, weil dahinter häufig kein (für Praxisanalysen so wichtiges) tragfähiges Konzept parlamentarischer Tätigkeit steht; die These wäre, dass dies vor allem durch die demokratietheoretische Verengung

² Die enorm wichtige Rolle parlamentarischer MitarbeiterInnen ist damit noch überhaupt nicht angesprochen (vgl. Jekewitz 1995)

des Verständnisses politischer Tätigkeit bedingt ist. Inwiefern ist dies der Fall? Demokratietheoretisch gesehen dient die Tätigkeit politischer Akteure der Repräsentation. In einem prominentem Zugriff ist Repräsentation dabei mit Hanna Pitkin zu verstehen als Prozess der Vergegenwärtigung eines faktisch Abwesenden (Pitkin 1967: 9), im politischen Falle des Volkswillens. Zwar verweist Pitkin sowohl auf die rezeptive als auch die proaktive Dimension von Repräsentation – nämlich „Responsivität“ sowie „politische Führung“ –, in der Forschung zu Parlamenten dominiert jedoch ein Repräsentationsverständnis, das vor allem Rezeptivität betont: Die ParlamentarierInnen treten demgemäß als bloße Platzhalter der BürgerInneninteressen in Erscheinung (vgl. Fraenkel 1991: 302), ihr Handeln tritt nur in Relation zum „Volkswillen“ ins Blickfeld. Der Eigenbeitrag der Repräsentierenden lässt sich bisher demokratietheoretisch nicht systematisch fassen, die Bewältigung der komplexen Bedingungen parlamentarischer Praxis, wie sie zuvor beschrieben wurden, ist jedoch ohne einen solchen aktiv erbrachten Eigenbeitrag nicht denkbar. Aus praxisanalytischer Perspektive ergibt sich damit das Paradox: Möchte man parlamentarische Tätigkeit im Sinne des Repräsentierens analysieren, so gilt es, gerade vom Eigenbeitrag der Akteure abzusehen.

Mit der Einführung der Entscheidungsperspektive in die Politikforschung durch das Aufkommen systemtheoretischer Ansätze beginnt sich dies zu ändern; der Eigenbeitrag des politischen Systems, und damit auch die Leistung der Akteure, gerät in den Blick. „Inputs of demands alone are not enough to keep a political system operating. They are only the raw material out of which finished products called decisions are manufactured.“ (Easton 1957: 390) In der Folge interessiert man sich dann allerdings vor allem für Determinanten und Folgen bereits getroffener Entscheidungen. All das, was passieren muss, bevor überhaupt eine Entscheidung getroffen wird, versinkt dagegen im theoretischen Dunkel (vgl. Kingdon 2011: 1). Etwas „Licht in den Schatten der black box“ (Blum/Schubert 2011: 25) bringt hingegen die einflussreiche Heuristik des „Policy-Cycle“, gemäß der politische Inhalte mehrere Phasen – vom Agenda Setting über die Politikformulierung zur Implementierung und schließlich zur Evaluierung (Windhoff-Héritier 1987) – durchlaufen. Während diese Einteilung in verschiedene Phasen der Formierung politischer Inhalte zwar stark forschungsinspirierend gewirkt hat (Sabatier 1999: 6), bleiben die Erkenntnisse zu den einzelnen Phasen häufig unverbunden nebeneinander stehen (vgl. deLeon 1999: 23). Abhilfe schaffen hier übergreifende theoretische Überlegungen, unter ihnen vor allem der Mitte der 1980er Jahre von John Kingdon in Anschluss an das „garbage can“-Modell der Organisa-

tionstheorie (vgl. Cohen/March/Olsen 1972) entwickelte „Multiple-Streams“-Ansatz (Kingdon 2011). Kingdon macht dabei die Frage zum Ausgangspunkt: „[...] what makes an idea's time come“ (Kingdon 2011: 1)? Dazu müsste sich, so meint er, ein „window of opportunity“ öffnen (Kingdon 2011: 166). Dies geschieht dann, wenn die drei zunächst einmal unabhängigen Ströme gesellschaftlicher Problemlagen („problems stream“), politisch formulierter inhaltlicher Alternativen („policy stream“) sowie der aktuellen Konstellation der Machtverhältnisse („politics stream“) zusammentreffen (Kingdon 2011: 87). Die politischen Akteure spielen jedoch erst dort eine Rolle, wo sie die sich bietende Gelegenheit ergreifen müssen (Kingdon 2011: 127 f.); bei der Formierung politischer Inhalte selbst spielen sie in Kingdons Konzeption keine ausformulierte Rolle, denn der Policy-Strom folgt einer autonomen Logik: „The process is evolutionary, a selection process in which some of these ideas survive and flourish.“ (Kingdon 2011: 124) Die Auswahl von Inhalten wird daher erklärungsbedürftig, deren Formierung selbst jedoch nicht – das Aufkommen von Ideen und Alternativen erscheint vielmehr als selbsttätiger Prozess.

Dass dies nicht der Fall ist, wird in einer neuen Forschungsbewegung erkennbar, die parlamentarische Prozesse als Fertigungszusammenhang politischer Inhalte begreift und den „‘doing’ aspect in shaping politics“ (Wodak 2009: 1) in den Vordergrund stellt. Ein solcher Zugang findet sich etwa in den Arbeiten von Thomas Scheffer (Scheffer 2014) sowie Tanja Pritzlaff, die in Bezug auf den parlamentarischen Prozess deutlich macht: „Die Akteure werden dabei zwar durch den Kontext, in dem sie sich bewegen, durch dessen Normen, Werte und Regeln, durch die den Kontext bestimmenden gemeinsamen Wissensbestände geprägt, aber sie sind gleichzeitig aktive Gestalter ihrer Umwelt.“ (Pritzlaff 2003: 246) Prämisse solcher Herangehensweisen ist die Feststellung, dass sich der parlamentarische „Output“ ohne Kenntnis der praktischen Gestaltungsvorgänge nicht zureichend verstehen lässt. Die Fertigungsperspektive greift daher die Frage nach der Arbeit an der Sache wieder auf, die in der Rezeption der Weber'schen Politischen Soziologie so lange vernachlässigt worden war (vgl. Borchert 2003: 68). Sie widersteht dem Impuls, politische Praxis von vornherein von sozialer Praxis zu separieren und diese Besonderheit a priori (demokratietheoretisch) zu klassifizieren. Das Forschungsinteresse ist vielmehr auf die Frage gerichtet, wie das Politische erst im parlamentarischen Prozess erzeugt wird, wobei Positionierungsvorgänge – in Hinsicht auf Sachpositionen, die mehrere Prüfschwellen erfolgreich durchlaufen müssen (Scheffer 2014) bzw. in Hinsicht auf die aktorielle Positionierung im politischen Raum (Pritzlaff

2003) – eine zentrale Rolle zu spielen scheinen. Den Weg dieser noch am Anfang stehenden Forschungsrichtung möchte ich im Folgenden nun ein Stück weiter gehen.

3 Das politische Feld: Die Praxis kultureller Produktion

Der fertigungsanalytische Zugang zu Parlamenten hat bisher vor allem eine offene Flanke: Seine theoretische Vertiefung bleibt meist sehr vage, der nicht selten in Anschlag gebrachte kulturtheoretische Rahmen (vgl. Mayntz/Neidhardt 1989; Schöne 2010; Nullmeier et al. 2003) ermöglicht zwar Offenheit in der Betrachtung der ansonsten häufig theoretisch stark enggeführten politischen Prozesse, jedoch um den Preis fehlender, über das Beobachtete hinausgehender Systematisierungskapazitäten. Die resultierenden Ergebnisse verbleiben häufig auf deskriptiver Ebene. Ich schlage daher die Verknüpfung der politischen Fertigungsanalytik mit einer Theorieperspektive auf das Politische vor, die meiner Ansicht nach in ihrem Potential bisher unterschätzt wird: Pierre Bourdieus Konzeption von Politik als Prozess der kulturellen Produktion.

Die übliche Lesart der Bourdieuschen Politischen Soziologie konzentriert sich auf das gängige und von Bourdieu maßgeblich vorangetriebene Ungleichheitstopos, es soll an dieser Stelle in Bezug auf seinen Blick auf Politik in aller Kürze rekapituliert werden. Demnach erscheint das politische Feld als eine weitere Sphäre der Gesellschaft, die zur Perpetuierung bestehender Machtverhältnisse beiträgt. Genau genommen kommt dem politischen Feld dabei allerdings eine spezielle Bedeutung zu: Begreift man die Frage nach den „Formen und Effekten symbolischer Herrschaft“ als „Leitmotiv der Studien Pierre Bourdieus“ (König/Berli 2012: 326), so hängt die Struktur feststellbarer Ungleichheit maßgeblich davon ab, welchen Gruppen gegenwärtig die gesellschaftliche Deutungshoheit obliegt. Im politischen Feld nun wird der Kampf um jene Deutungshoheit offen ausgetragen (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 101), auf dem Spiel stehen die „legitimen Sicht- und Teilungsprinzipien“ (Bourdieu 2001: 52) einer Gesellschaft, jene Prinzipien also, die eine Einteilung sozialen Geschehens in Kategorien von gut und schlecht, schön und hässlich, wertvoll und wertlos erlauben. Erfolg bzw. Misserfolg im politischen Feld wird entsprechend zum wichtigen Einflussfaktor auf die Stellung im gesellschaftlichen „Feld der Macht“ (Bourdieu 2009: 83). Bourdieu deckt Mechanismen auf, die das politische Spiel um gesellschaftliche Deutungshoheit davon abhalten, ein faires Spiel zu sein, den herrschenden gesellschaftlichen Gruppen also auch

politisch das Übergewicht verleihen. Von zentraler Relevanz ist demnach die feldspezifische Ressource, das politische Kapital (Bourdieu 1991: 504): Zu verstehen als zur Repräsentation bemächtigende Glaubwürdigkeit (Bourdieu 1991: 504), besitzen hochstehende gesellschaftliche Gruppen diesbezüglich von vorneherein gewichtige Vorteile, denn die Möglichkeit zum „symbolischen Wirken“ hängt in zentraler Weise vom ökonomischen und sozialen, vor allem aber vom kulturellen Kapital und hier insbesondere von der Sprachfähigkeit ab (Bourdieu 2010: 176 f.). Die Beherrschung legitimer Sprache, als zentrales Medium der Bedeutungskonstitution, ermöglicht die „Erzeugung der legitimen Probleme und Meinungen“ (Bourdieu 2010: 126) und bedingt die Fähigkeit, „auf politische Fragen eine politische Antwort zu geben“ (Bourdieu 2010: 176 f.). Die beherrschten Klassen geraten hier einmal mehr ins Hintertreffen, der Kampf um die gesellschaftliche Deutungshoheit scheint für sie nahezu aussichtslos. Auch das politische Feld tendiert dazu, ein Feld hierarchischer Reproduktion zu sein.

An die Seite dieser Perspektive auf Politik als Feld der hierarchischen Reproduktion tritt jedoch in Bourdieus politiksoziologischen Schriften eine Sicht auf Politik, deren Verhältnis zu jener ersten Perspektive zumindest teilweise ungeklärt ist: ein Verständnis des politischen Feldes als eines gesellschaftlichen Feldes der kulturellen Produktion (Bourdieu 2010: 117). Mit „Kultur“ ist dabei auf jene symbolische bzw. Bedeutungsordnung der Gesellschaft verwiesen, die den gesellschaftlichen Gegenständen ihren Wert zuweist. Soweit reichte auch bereits der gesellschaftstheoretische Zugang: Politik dreht sich um die Ausdeutung sozialer Realität. Daraus folgt im Übrigen, dass Politik für Bourdieu kein konstitutiver Bestandteil jeder gesellschaftlichen Ordnung ist und ebenso wenig als anthropologische Konstante (im Sinne des Menschen als genuin „politisches Wesen“; vgl. Arendt 1993: 11) missverstanden werden kann. Folgt man Bourdieu, so beginnt Politik „eigentlich erst mit der Aufkündigung [des] für die ursprüngliche Doxa charakteristischen unausgesprochenen Vertrags über die Bejahung der bestehenden Ordnung [...]“ (ebd. S. 11) – dann also, wenn gesellschaftliche Deutungen auch als solche erkannt werden. Mit dem Produktionsbegriff hingegen erhält eine neue Dimension in die Betrachtung des Politischen Einzug: Politik ist demnach darauf ausgerichtet, in systematisch fortlaufender Weise neue symbolische Gehalte hervorzubringen. Wo also die produktive Dimension im Bourdieuschen Politikverständnis zum Ausdruck kommt, erhält die praxistheoretische gegenüber der ungleichheitstheoretischen Perspektive (welche ansonsten dominiert) das Übergewicht. Nicht die Perpetuierung des (hierarchisch) immer Gleichen,

sondern die Genese neuer symbolischer Formen vor dem Hintergrund der Bewältigung je unvorhersehbarer Situationen, die Möglichkeit zur aktiven Beeinflussung eines Wandels symbolischer Ordnungen gerät in den Fokus der Aufmerksamkeit. Damit macht Bourdieu deutlich, dass er Macht alleine gerade nicht als das Spezifikum des Politischen begreift: In einem gesamtgesellschaftlichen „Feld der Macht“ zeichnet sich Politik durch ihren produktiven Zugriff auf symbolische Ordnungen aus.

Die Frage, wie dieser Prozess der kulturellen Produktion tatsächlich abläuft, hat Bourdieu, im Gegensatz zur Frage nach politischen Mechanismen der hierarchischen Reproduktion, empirisch nicht untersucht, dafür aber konzeptionell angelegt. Wie muss man sie sich also vorstellen, die Hervorbringung jener symbolischen Gehalte im politischen Prozess, die in der Lage sind, gesellschaftliche Bedeutungsordnungen zu beeinflussen? Komplementär zum Produktionsbegriff nutzt Bourdieu den – allerdings eher beiläufig eingeführten (vgl. Fritsch 2001: 17) – Begriff der Arbeit, mit dem er eine zentrale Form sozialer Praxis beschreibt: nämlich den Versuch der gerichteten Einwirkung auf gegenwärtige Situationen mit dem Ziel, die Bedingungen künftiger Situationen – im politischen Fall: künftige symbolische Verhältnisse – durch systematische Anstrengung zu verändern. Die spezifische Arbeitsform kulturellen Produktionsgeschehens ist dabei die „Aussagearbeit“ (Bourdieu 2010: 13 f.): Politische Akteure prozessieren Inhalte in einer Weise, die sie in die Lage versetzen soll, gesellschaftliche Gruppen hinter sich zu versammeln, das heißt Mobilisierungskraft zu entfalten. Im politischen Prozess werden also Ideen zu „idéés-forces“ (Bourdieu 2010: 107), in wirkmächtige Ideen – so bezeichnet Bourdieu das Produkt jenes Prozesses – transformiert. Bourdieu beschreibt die politische Aussagearbeit als jene Arbeit, „die erforderlich ist, um das Verinnerlichte äußern, das Unnennbare nennen, den prä-verbalen und prä-reflexiven Dispositionen und den nicht sag- und vorzeigbaren Erfahrungen einen Ansatz zu jener Objektivierung in Wörtern geben zu können, die sie zu etwas wesentlich Allgemeinem und zugleich mitteilbarem, also Sinnvollem und gesellschaftlich Sanktioniertem machen.“ (Bourdieu 2010: 13 f.) Indem er die Versammlung gesellschaftlicher Gruppen erst als Ergebnis des politischen Prozesses begreift, dreht Bourdieu zugleich das gängige Verständnis des Repräsentationsbegriffs um: Der zu repräsentierende Volkswille liegt diesem Verständnis nach gerade nicht schlicht gesellschaftlich vor und muss nur noch von den politischen Akteuren rezipiert werden. Repräsentationen sind vielmehr das Resultat einer von den politischen Akteuren betriebenen Praxis, in der es ge-

lungen ist, identifikatorisch, also mobilisierend wirksame Ideen hervorzubringen.

Offen bleibt jedoch die Frage, auf welche Weise es im politischen Prozess gelingt, gesellschaftliche Inhalte mit Bedeutung aufzuladen, wie also einfache Ideen zu „idéés-forces“ transformiert werden. Die nun folgende Untersuchung soll dazu beitragen, genau dies aufzuklären.

4 Parlamentsethnografie als Methode politischer Praxisforschung

Dieser Theoriehintergrund erlaubt eine konkretisierte Reformulierung der zu Beginn aufgeworfenen Fragestellung nach der Logik parlamentarischer Praxis: Wie funktioniert die politische Arbeit der Herstellung wirkmächtiger Ideen in Parlamenten? Um dies zu beantworten, habe ich eine ethnografische Studie auf vier parlamentarischen Ebenen in Deutschland durchgeführt. Mit einer solchen Parlamentsethnografie schliesse ich an den oben bereits vorgestellten Fertigungszugang zu Parlamenten an, der seinerseits wiederum von der noch älteren (allerdings immer noch wenig genutzten) Tradition der Parlamentsbeobachtung profitiert (Fenno 1978). Der Ethnografie, verstanden als flexible „Erkenntnisstrategie“ (Amann/Hirschauer 1997: 20), liegt dabei die Basisannahme zugrunde, dass sich soziale Strukturen im situativen Wirken sozialer Akteure konstituieren (vgl. Garfinkel 1984: 11). Der ethnografische Zugang zur Wirklichkeit korrespondiert damit mit dem Erkenntnisinteresse an politischen Praxisprozessen.

Ziel dieses Vorgehens ist dabei nicht Generalisierung, denn die Ethnographie ist, ebenso wie andere qualitativ-empirische Methoden, kein hypothesenprüfendes Verfahren. Ziel ist vielmehr die systematisch geleitete Theoriebildung (Glaser/Straus 1971: 1): Die aufgeworfene Fragestellung wird mit Hilfe eines theoretischen Modells beantwortet, das zentrale, bisher aber latente Kategorien und deren Wirkungsweisen sichtbar macht. Damit dies gelingen kann, konzentriert sich das Vorgehen auf wenige, dafür aber ganzheitlich analysierte Fälle. Um bisher unberücksichtigte Einflussfaktoren ins (theoretische) Bild zu bekommen, galt es in der vorliegenden ethnografischen Studie, die zwei zentralen Verzerrungen der wissenschaftlichen Befassung mit Parlamenten zu vermeiden (Brichzin 2016a): Zum ersten den „big arena bias“, der Relevanz durch Konzentration auf die öffentlich präsentesten Einrichtungen, also etwa den Bundestag, herzustellen versucht. Aus diesem Grund habe ich die zwischen 2012 und

Tab. 1: Die begleiteten Abgeordneten und Datenbasis der ethnografischen Parlamentsstudie

Abgeordnete/r (anonym.)	Parlament	Politischer Status	Interviews	Protokolle (Beob.)	Protokolle (Gespräch)	Dokumente
Hr. Adam	Kommunal	Regierung	2	8	–	5
Hr. Bertram	Kommunal	Opposition	2	8	4	6
Fr. Christl	Stadtrat	Regierung	2	15	2	9
Hr. Decker	Landtag	Opposition	2	19	3	18
Fr. Eck	Landtag	Regierung	2	14	1	3
Hr. Fischer	Stadtrat	Regierung	1	5	–	7
Hr. Günther	Bundestag	Opposition	–	19	3	8

2014 durchgeführte Studie auf vier parlamentarischen Ebenen – Bundestag, Landtag, Stadtrat, Kommunalparlamente – angelegt (und den Fokus etwas vom Bundestag weg gelenkt), um so nicht die Arbeitslogik nur eines speziellen Gremiums einzufangen, sondern auch die Kontinuität parlamentarischer Praxis, welche diese aufgrund ihres gemeinsamen Ursprungs im so voraussetzungsvollen demokratischen Denken auch über die Ebenengrenzen hinweg besitzt, abzubilden. Und zum zweiten den „big decision bias“, der die Aufmerksamkeit wissenschaftlicher BeobachterInnen bei den besonders medienwirksamen Entscheidungen bannt und so die – mengenmäßig massiv überwiegenden – wenig öffentlichkeitswirksamen Vorgänge aus dem Blickfeld drängt. Damit dies gelingen konnte, habe ich pro parlamentarischer Ebene jeweils zwei Abgeordnete (im Bundestag: ein Abgeordneter) über je gut eine Arbeitswoche (insgesamt also knapp zwei Monate) hinweg beim gesamten Spektrum ihrer Arbeitstätigkeit – in Plenarsitzungen, Ausschüssen, Fraktionen, Arbeitsgruppen, Partei- und Öffentlichkeitsveranstaltungen, bei informellen Absprachen und Beratungsgesprächen etc. – begleitet³. Die ethnografische Begleitung, auch als „Shadowing“ (Czarniawska 2007) bezeichnet, ist als eine beziehungsbasierte Methode auf das Vertrauen zwischen Forscherin und Abgeordneten angewiesen. Sie ermöglicht dabei den Zugang auch zu jenen Terminen, die unter anderen Umständen nur sehr schwer zugänglich wären (vgl. Nullmeier et al. 2003: 41). Die besondere Beziehung zu einem parlamentarischen Akteur ist damit die Eintrittsstelle für die alltägliche Praxis vieler anderer Akteure, mit denen sich die begleiteten Abgeordneten durch die Situationen bewegen. Auf diese Weise ist ein umfangreicher Datenkorpus entstanden, der aus Beobachtungs- und Gesprächsprotokollen, Interviews und prozessproduzierten Dokumenten besteht, s. Tab. 1.

³ Darüber hinaus konnte ich zu Beginn der Studie bereits auf Erfahrung aus meiner vierjährigen Tätigkeit als gewähltes, ehrenamtliches Mitglied eines Kommunalparlaments zurückgreifen.

Ebenso, wie mehrere parlamentarische Ebenen zur Nivellierung möglicher Ideosynkrasien in die Betrachtung mit einbezogen wurden, so wurde je parlamentarische Ebene auch nicht nur ein Abgeordneter begleitet (wobei auf der letzten Beobachtungsebene, im Bundestag, aus Gründen der erreichten „theoretischen Sättigung“ (Glaser/Strauss: 61) auf die Begleitung eines zweiten Abgeordneten verzichtet wurde). Die Auswahl der individuellen Abgeordneten erfolgte entlang zweier Kriterien: Zum einen mussten die Abgeordneten überhaupt bereit sein, ein so massives Eindringen in die eigene Arbeitssphäre zuzulassen. Zum Kontaktaufbau wurden daher persönliche Kontaktnetze in Anspruch genommen. Zum zweiten sollten die beiden VertreterInnen einer parlamentarischen Ebene entlang relevanter Faktoren variieren, was vor allem die Parteizugehörigkeit, daneben aber auch die Zugehörigkeit zu Regierung bzw. Opposition, Geschlecht und Alter betrifft, was zum Teil gelungen ist. Die Entscheidung, nur deutsche Parlamente in die Untersuchung einzubeziehen, hatte vor allem forschungspragmatische Gründe. Zugleich lässt sich (vielleicht zu Unrecht) vermuten, dass vor dem Hintergrund nationaler Unterschiede die möglichen Gemeinsamkeiten aus dem Fokus gedrängt zu werden. Die Datenauswertung folgte rekonstruktiver Methodik (vgl. Bohnsack 2010).

5 Politische Kulturproduktion – die Leistungen parlamentarischer Arbeit

Wie läuft sie also ab, die Praxis kultureller Produktion in Parlamenten? Wie wird aus einer politischen Idee, die sich mit Bourdieu als Gegenstand politischer Arbeit begreifen lässt, eine „idée-force“? Die ethnografischen Daten machen deutlich, was sich aufgrund des Forschungsstandes bereits vermuten ließ: Für jene Transformation ist ein

komplexer Arbeitsprozess notwendig, dessen Rekonstruktion im Folgenden in einem Modell politischer Arbeit unternommen wird. Dessen drei zentrale Dimensionen sind: erstens, die zu bearbeitenden Problemstellen auf der Ebene symbolischer Ordnung, denn nach Bourdieu setzt politische Aussagearbeit dort an, wo die Deutung relevanter gesellschaftlicher Begebenheiten fragwürdig geworden ist. Zweitens, die unterschiedlichen Modi der Bearbeitung dieser Problemstellen. Hier wird deutlich, dass es die eine politische Arbeit nicht gibt. Drittens schließlich gehen mit jenen unterschiedlichen Modi politischer Arbeit in Parlamenten auch sehr verschiedene Interaktionsformen einher. Erst, wenn das Zusammenwirken dieser drei Dimensionen erfasst worden ist, lässt sich auch die Transformation von der Idee zur „idée-force“ begreifen.

5.1 Die Selektivität parlamentarischer Arbeit: Politische Themen als Problemstellen der symbolischen Ordnung

Politische Arbeit wird nur dann für erforderlich gehalten, wenn eine bestehende Deutungsweise als relevantes gesellschaftliches Deutungsproblem anerkannt wird. Ob und wie eine Bearbeitung erfolgt, hängt also von dieser Frage ab. Auf welche Weise gelangen die Abgeordneten nun zu derartigen Deutungsproblemen? Zunächst einmal kreisen deren Erzählungen im Weber'schen Sinne um die politische Arbeit an der Sache (Adam Int1 Z101), um die Prozessierung gesellschaftlicher Inhalte (Eck Int1 Z836; Christl Int1 Z382). So wird beispielsweise berichtet, dass man zur Politik gekommen sei aus „*Spaß an der Sache: Mal ganz offen sagen, also einfach des Thema irgendwas, auch mal anders anddenken zu dürfen und etwas anders zu machen.*“ (Decker Int1 Z33) und dass es immer wieder um die Klärung der Frage gehe: „*Wie sehen wir des Thema?*“ (Adam Int1 Z255). Auffällig ist hierbei die Häufung des Themenbegriffs, die sich durch das gesamte Interviewmaterial hindurchzieht. Selbst die spezifischen Frustrationen des Abgeordnetenberufs lassen sich mit Bezug auf Themen darstellen: „*[...] es gibt nichts Demotivierenderes, als sich Stunden am Thema abzuarbeiten, ein Konzept zu überlegen, und kein Mensch interessiert es*“ (Decker Int1 Z515). Dass Themen – und nicht etwa Entscheidungen, auf die Darstellungen politischen Handelns sonst ja häufig fokussieren – den entscheidenden Bezugspunkt parlamentarischer Arbeit darstellen, wird dort besonders sichtbar, wo von den wirklich „*spannenden Themen*“ die Rede ist „*wo ein bisschen mehr geht als jetzt irgendwo [...], äh, ich weiß nicht, eine Entscheidung zu treffen – das war's dann. Sondern wo man wirklich bisschen auch etwas ge-*

stalten kann“ (Adam Int2 Z1604). Themen scheinen damit den Ausgangspunkt politischen Handelns bezeichnen, sie sind Indikatoren für Problemstellen auf der Ebene symbolischer Ordnung.

Was zunächst banal klingt – wer beschäftigt sich schließlich nicht in irgendeiner Weise mit Themen? –, entpuppt sich im Laufe der Analyse schnell als Schlüsselstelle im Verständnis parlamentarischen Geschehens. Denn begreift man Themen als symbolische Probleme, so kommt man damit einigen Besonderheiten parlamentarischer Arbeit auf die Spur, die sich gerade aus der vermeintlichen Banalität des Themenbegriffs ergeben: Zum Ersten sind Themen, abstrakt verstanden als Gegenstände gedanklicher Betrachtung, durch ihre unendliche Potentialität gekennzeichnet – alles Benennbare kann durch reflexive Zuwendung in ein „Thema“ verwandelt werden, die in der Moderne immer weiter gestiegenen Politisierungskapazitäten führen dazu, dass sich die ParlamentarierInnen mittlerweile „*mit eigentlich allem*“ (Eck Int1 Z284) beschäftigen. Potentiell kann den PolitikerInnen also alles zum Problem werden, wodurch sie sich – wie weiter oben bereits notiert – in einer dauernden Überfrachtungslage befinden. Zum Zweiten besitzen Themen unausweichlich eine vorgängige Befassungsgeschichte – die Öffentlichkeit, VorgängerInnen im Amt, politische Gegner etc., irgendwelche Gruppen haben sich immer bereits zuvor mit einem Sachverhalt befasst und ihre Spuren an ihm hinterlassen. Das Themenmaterial, mit dem sich die Abgeordneten beschäftigen müssen, kennt folglich keinen „Naturzustand“ (vgl. Marx 1975: 192), es entfaltet Widerständigkeit gerade durch die Notwendigkeit, gegen vorherige Formierungsvorgänge anzugehen. Themen können auf diese Weise zu „*Dauerbaustellen*“ (Bertram Int1 Z404) werden, an die man mitunter jahrelang „*hinackern*“ (Decker Int1 Z475) muss. Zum Dritten schließlich, und dies ist vielleicht die bedeutsamste Konsequenz: Bei der Beschreibung der eigenen Arbeit tauchen Themen im konstitutivem Plural auf – die ParlamentarierInnen bearbeiten nicht ein bestimmtes Thema und können diesem ihre gesamte Aufmerksamkeit widmen. Die Besonderheit der politischen Tätigkeit erschließt sich gerade daraus, dass sie immer mit einer Vielzahl an für relevant gehaltenen Problemstellen zugleich konfrontiert sind, zwischen denen sie beständig wechseln müssen: „*Wenn ich mir so einen Tag anschau, dann gehe ich in eine Schule, rede mit den Lehrern. Eine Stunde später sitze ich bei einem Großkonsortium Unternehmen X, keine Ahnung. Danach gehe ich in einen Wald und schau mir den neuen Waldweg an. Fahr danach zur Umgehungsstraße, und dann gehe ich zu [einem hochrangigen Parteimitglied], weil er die Besprechung der Frauen hat wo es darum geht, wie wir mehr Frauen gewin-*

nen. Also, ja? Die Themen, also – schwierig finde ich eher die Schnelligkeit, wie wir umschalten müssen, ein komplett anderes Thema. Das ist das Schöne. Also es ist das Schöne, es macht das – genau deswegen macht es so viel Spaß. Und, das ist das Anstrengende, sich sofort zu switchen“ (Eck Int1 Z561-569). Konstitutives Merkmal parlamentarischer Tätigkeit ist also extreme Wechselhaftigkeit, welche aus dem Umschalten zwischen verschiedenen Themen resultiert. Dies ist jedoch nicht nur deshalb der Fall, weil mit dem Wechsel zwischen den Themen nicht selten auch ein Wechsel des Ortes und der Personen einhergeht. Vielmehr ändert sich mit der Art der Problemstelle auch die Art der politischen Arbeit – sie „hängt natürlich auch wieder vom Thema ab“ (Christl Int1 Z577) und ist „je nach Thema“ (Decker Int2 Z35) unterschiedlich.

Parlamentarische Arbeit nimmt also eine andere Form an, je nachdem, welcher Art von Problemstelle sie sich gegenüber sieht. Diese Formen allerdings sind nun empirisch gerade nicht beliebig: Um mit der Themenmenge zurechtzukommen, werden die anfallenden Themen durch die Abgeordneten in – nicht ontologisch misszuverstehende – Kategorien eingeordnet. Die entsprechende Kategorisierungsleistung, welche eine Sortierung der an die Abgeordneten herangetragenen Themen entsprechend ihrer wahrgenommenen Relevanz als Problemstellen in der symbolischen Ordnung ermöglicht, ist die erste zentrale Leistung politischer Arbeit in Parlamenten. Hier wird mitbestimmt und legitimiert, was überhaupt als gesellschaftliches Bedeutungsproblem gelten kann. Jener Kategorisierungsprozess läuft dabei, analytisch gesehen, zweistufig ab: Auf der ersten Stufe werden all jene Themen aussortiert, die gegenwärtig nicht als politisch zu bearbeitendes Problem anerkannt sind. Themen müssen also die Schwelle zum Parlament überschreiten, müssen zu „Parlamentsthemen“ werden, und den allermeisten der an die Abgeordneten herangetragenen Themen gelingt dies nicht (vgl. Scheffer 2014). Denn: „das muss man immer realistisch sehen: Man kann maximal zwei Themen intensiv bearbeiten“ (Eck Int1 Z923). Allerdings wird auch mit den aussortierten Themen nicht einheitlich umgegangen: Während „Singulärinteressen“ (Eck Int1 Z272) jegliche politische Relevanz abgesprochen wird, werden „Hintergrundthemen“ zwar als legitim, jedoch lediglich von lokaler Relevanz erachtet – „das ist dann nichts, was [in die Ausschüsse] des [...] [Parlaments] mündet, sondern das ist was, was man auf dem kurzen Dienstweg über ein Ministerium einfach versucht abzustellen“ (Eck Int1 Z364). Die zweite Stufe des Kategorisierungsprozesses bezieht sich nun auf die Subkategorisierung von Parlamentsthemen. Ab dieser Stufe beginnt die eigentliche parlamentarische Arbeit. Nicht, ob das vorliegende Thema politisch relevant

ist, steht hier im Fokus des Interesses, sondern wie politisch bedeutsam es ist: Besitzt ein Thema das Potential, gegenwärtig großes öffentliches Interesse, viele Bürgerreaktionen und den massiven Unmut politisch Andersdenkender, also einen „Schneeballeffekt“ (Bertram Int1 Z370) auszulösen bzw. zum „Selbstläuferthema“ (Decker Int1 Z542) zu werden (oder ist dies bereits gegeben), so lässt es sich als „Resonanzthema“ bezeichnen. Ist dies nicht der Fall, so gilt es als „Marginalthema“⁴, wobei Resonanz- und Marginalthemen als zwei Pole eines Kontinuums, der Kategorisierungsprozesse als kollektiver Prozesse zu verstehen sind. Die Einordnung auf dem Kontinuum ist dabei immer vorläufig: was zuvor noch als Resonanzthema groß in den Medien war, kann wenig später bereits in der Mottenkiste kaum beachteter Regionalteile landen. Und was eben als uninteressantes, technisches Spezialthema gegolten hatte, kann auf einen Schlag die höchste politische Brisanz erringen (vgl. Nullmeier et al. 2003: 169). Das mengenmäßige Gewicht liegt allerdings insgesamt eindeutig auf Seiten der Marginalthemen (Fischer TO Ple3), das Gewicht der Wahrnehmung hingegen auf Seiten der Resonanzthemen, mit denen sich die parlamentarischen Akteure ungleich intensiver – und, wie nun folgend deutlich werden soll: auf ganz andere Art und Weise als mit Marginalthemen – auseinander setzen.

5.2 Die Variabilität parlamentarischer Arbeit: drei Modi der kulturellen Produktion in Parlamenten

Politische Themen bezeichnen also die Problemstellen auf der Ebene symbolischer Ordnung, und das Ziel politischer Arbeit ist es, jene Deutungsprobleme mit Hilfe der entsprechend bearbeiteten Ideen zu beseitigen, also politische Ideen an deren Stelle einzusetzen. Bei der Untersuchung parlamentarischer Praxis zeigt sich jedoch, dass dies nicht nur auf eine Art und Weise geschehen kann – die zuvor bereits konstatierte Wechselhaftigkeit parlamentarischer Arbeit manifestiert sich insbesondere im raschen Hin und Her zwischen den drei zentralen Modi politischer Arbeit. Diese Modi bezeichne ich als „politisches Spiel“, „Themenabfertigung“ und „politische Gestaltung“. Im Folgenden werden sie der Reihe nach vorgestellt.

Derjenige Modus parlamentarischer Arbeit, der sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wahrnehmung der Abgeordneten am präsentesten ist, ist das „politische

⁴ Die Begriffe „Marginalthema“ und „Resonanzthema“ sind analytische Kategorien, sie werden von den parlamentarischen Akteuren nicht gebraucht.

Spiel“ (Eck Int1 Z455). Er wird von Fr. Eck aus der Perspektive der Opposition wie folgt beschrieben: „Die anderen Parteien stellen Anträge und müssen darauf hoffen, dass sie abgelehnt werden, damit sie dann öffentlichkeitswirksam sagen können: Die Regierung ist eine Katastrophe und wir hätten euch so gerne geholfen, aber es geht leider nicht. Das ist dieses politische Spiel, das hat nichts mit den Personen zu tun, oder in welcher Partei man gerade ist [...], das ist immer das Gleiche, egal wer auf welcher Seite sitzt“ (Eck Int1 Z455 ff.). Diese Form eines „rituellen Antagonismus“ (Mayntz/Neidhardt 1989: 382) – meist zwischen den beiden Blöcken Regierung und Opposition – lässt die primäre Bearbeitungsrichtung dieses Arbeitsmodus bereits erahnen: Es geht um Positionierung (Scheffer 2014). Ziel des politischen Spiels ist die Negativierung der Position des politischen Gegners und Propagierung der eigenen Position als positiv besetzte Deutungsalternative. Die Gestalt einer Idee wird erarbeitet, indem man in Abgrenzung von einer anderen Position eine eigene, neue (und natürlich bessere) konstruiert. Wie dies geschieht, wird unter Betrachtung der folgenden (stilisiert dargestellten) Diskussion in einer Plenarsitzung des Stadtrats deutlich:

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der Partei A zu einem drängenden Thema: Der Staat soll ein großes Unternehmen aufkaufen, das insolvent gegangen ist. Partei A und Partei B streiten um das Für und Wider. Das Wort hat zunächst Hr. Mölke (Partei A) der seine Rede um eine aktuelle Aussage von Seiten einer höheren politischen Ebene aufbaut. Diese hätte die Lage in entscheidender Weise verändert: Der Staat habe praktisch die Erlaubnis für den Unternehmenskauf erhalten, womit alle früheren Äußerungen des politischen Gegners, ein solcher Kauf sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, als Täuschungsabsicht entlarvt seien. Partei B wolle bloß nicht die Verantwortung für die MitarbeiterInnen des Unternehmens übernehmen, es gehe ihr nur ums Geld. Partei A hingegen setze sich für die MitarbeiterInnen ein: man prüfe weiter Möglichkeiten des Erwerbs. Nun erhält Fr. Kurt (Partei B) das Wort. Sie diskreditiert die Ausführungen der Gegenseite als reine Wahlkampfmanöver ohne inhaltliche Grundlage. Die Bedeutung der Aussage der höheren politischen Ebene negiert sie vollständig: Die rechtlichen Möglichkeiten seien gar nicht angesprochen worden, die Lage sei daher nach wie vor unklar. Indem nun Partei A so tue, als sei der, rechtlich äußerst prekäre, Kauf ohne weiteres möglich, stürze sie gerade die MitarbeiterInnen – die sie ja angeblich unterstützen wolle – in voraussichtlich Jahre andauernde Unsicherheit. In diesem Stil setzt sich die Debatte fort. (Fischer Ple3 Z3653 ff.)

Zentrales Moment des politischen Spiels ist hier erkennbar der Einsatz der gegnerischen Position als Negativform, vor deren Hintergrund sich erst die eigene Position als Positivform wahrnehmen lässt: Die Position der Partei B wird von Partei A als durch Geldgier motivierte BürgerInnen-täuschung dargestellt, wohingegen es Partei A vor allem

um die MitarbeiterInnen gehe. Partei B wiederum lässt die Position von Partei A als populistischen Aktionismus erscheinen, der man die eigene realistische Lösungsintention entgegensetzen müsse. Nicht nur die Positiv-, sondern auch die Negativform ist erst eine Konstruktion des politischen Prozesses selbst, es handelt sich also um eine doppelte Konstruktionsleistung. Dabei gilt es herauszufinden, welche Aspekte der gegnerischen Position sich erfolgreich (gegen den Widerstand vorheriger Deutungen und älterer Festlegungen) wirksam negativieren lassen, welche Facetten für die kontrastierende Unterstützung der eigenen Position hilfreich sind, und welche vielleicht sogar als diesbezüglich kontraproduktiv weggelassen werden sollten. Indem Kontrastierung das oberste Ziel dieses Arbeitsmodus ist, ist dieser zugleich erstaunlich produktiv: Da von vornherein klar ist, dass sich die eigene Position von der des Gegners unterscheiden muss, wirkt das politische Spiel mit Bezug auf die Bearbeitung symbolischer Ordnungen als wahrer Generator alternativer Deutungen.

Das politische Spiel ist jedoch ein äußerst aufwendiger Arbeitsmodus: Die gelungene, doppelseitige Konstruktion erfordert sehr viel Zeit, die man sich nur für Resonanzthemen leisten kann. Nun war aber zuvor bereits betont worden, dass die Mehrzahl der Themen gerade nicht in dieser Weise öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt. Wie wird dann mit Marginalthemen verfahren? Das primäre Ziel ihrer Bearbeitung lässt sich ebenso klar bestimmen, wie dies für das politische Spiel der Fall ist: Es geht darum, sie möglichst schnell, aber in legitimierbarer Weise, von der Tagesordnung zu bekommen; sie müssen „abgefertigt“ werden. Dieser Modus ist eine Reaktion auf den Umstand, dass in modernen, pluralistischen Demokratien zur gleichen Zeit sehr viel mehr Hinweise und Verdachtsmomente in Bezug auf Störungen und Probleme in der symbolischen Ordnung auftauchen, als gleichzeitig in Angriff genommen werden können. Den Modus der Themenabfertigung erkennt man daher nicht zuletzt an den hier häufig stark zutage tretenden Normen hoher Bearbeitungsgeschwindigkeit (vgl. Brichzin 2016b). Der Handlungsimperativ von auf der Tagesordnung befindlichen Themen führt dazu, dass diese in Sitzungen nicht einfach übergangen werden können. Aber wie lässt sich der thematisch transportierten Idee in möglichst kurzer Zeit Gestalt verleihen? Dies ist das Bezugsproblem der Themenabfertigung, die exemplarisch in folgender Situation in einer Ausschußsitzung deutlich wird:

Es geht um eine Petitionssache: Ein Landwirt hat ohne Genehmigung ein – sowohl landwirtschaftlich als auch gewerblich genutztes – Gebäude auf seinem Grund errichtet. Er hat einen Abrissbescheid bekommen, denn der genehmigungsfreie Bau bei vorrangig

gewerblicher Nutzung ist illegal. Dagegen wendet sich der Landwirt nun an den Ausschuss. Hier gilt es, zu entscheiden: Wird das Gebäude vorrangig gewerblich genutzt oder vorrangig landwirtschaftlich? Darf es also stehen bleiben oder nicht? Durch induktives Einfühlen in die Themengeschichte (statt aktenbasierte Einarbeitung) bei einem Ortstermin beim fraglichen Gebäude spitzt die Berichterstatterin den Fall auf die – nun entscheidbare – Frage zu: Kann das auf dem Hof vorhandene große landwirtschaftliche Fahrzeug auch anderweitig untergestellt werden oder nicht? Gestützt auf die Legitimität der konkreten Anschauung vertritt die Abgeordnete diese Engführung der Entscheidungsalternativen in der beschlussfassenden Ausschusssitzung. Ein neu vorgelegtes Gutachten gelangt zum Urteil, dass sich besagtes Fahrzeug tatsächlich auch anderweitig unterstellen ließe. Im Anschluss daran werden zwar von den anderen Abgeordneten ad hoc noch weitere Argumente generiert – der Abriss könne den Ruin für den Gewerbetreibenden bedeuten, das Gewerbe sei doch prinzipiell förderwürdig –, diese werden jedoch nicht mehr weiter verfolgt. Die Abstimmung erfolgt in einer Situation nach wie vor herrschender beträchtlicher Unklarheit aber mit einem funktionierenden Argumentationsgang und einer abgelaufenen Diskussion im Rücken. (Eck Aus16 Z149 ff.)

Obwohl man sich im geschilderten Fall uneins ist – die Abstimmung erfolgt nicht einstimmig (ebd. Z233) –, entsteht zu keinem Zeitpunkt parteipolitischer Streit, Konfliktpotentiale bleiben ungenutzt, die Diskussion wird nicht weiter durch Anfechtung der Deutung der Berichterstatterin in die Länge gezogen. Die gewonnene Gestalt wird offenbar als ausreichend empfunden. Der Modus der Themenabfertigung zeichnet sich folglich durch die ad-hoc-Generierung von Argumenten und entsprechende Nutzung innersituativer Wissensressourcen, die selektive Heranziehung situativ verfügbarer Informationsquellen und die spontan-induktive Zuspitzung auf Entscheidungsalternativen aus. Die häufig plausible, dafür meist nicht sonderlich stabile, ideelle Gestalt entsteht durch das Arrangement der situativ aufscheinenden Argumente. Inhaltlich ist das Ergebnis der Bearbeitung im Modus der Themenabfertigung, verglichen mit dem politischen Spiel, erstaunlich offen, ideologische Kontrastierung wird geradezu vermieden. Auch dies scheint normativ geregelt zu sein. Kommt es doch einmal zur Konfrontation im Muster des politischen Spiels, dann heißt es schnell: eine solche Diskussion in dieser Sache „*tut uns nicht gut*“ (Decker Aus14 Z214), die Angelegenheit wird gemeinsam geregelt. Dieser Modus der Behandlung politischer Themen im Parlament mag von außen gesehen als problematisch erscheinen, widerspricht er doch nicht zuletzt der Erwartung rationaler, umfassend informierter Entscheidungsfindung. Von innen gesehen hingegen wird dieses Verfahren nur selten zum Problem: Alle Abgeordneten sind sich der Notwendigkeit bewusst, die zahllosen im Parlament aufschlagenden Themen unterschiedlich zu behandeln,

um die Arbeit überhaupt bewältigen zu können. Die besondere Leistung der Themenabfertigung mit Blick auf die symbolische Ordnung der Gesellschaft ist es daher weniger, dass sie spannende Alternativen oder umfassende Lösungen bestehender Probleme bietet. Vielmehr lässt sich das Produkt der Themenabfertigung als eine Form der oberflächlichen Glättung bzw. Schnellreparatur verstehen; möglichst schnell sollen unproblematische Regionen in der symbolischen Ordnung wieder hergestellt werden, die abgelaufene Diskussion im Parlament verleiht ihnen Legitimität.

Der dritte Arbeitsmodus, die politische Gestaltung, lässt sich hingegen nicht so eindeutig einem Pol auf dem Kontinuum zwischen Marginal- und Resonanzthemen zuordnen. Es handelt sich um eine Arbeitsform, die empirisch selten in Reinform, dafür aber häufig in Verbindung mit den anderen beiden Modi auftritt. Gestaltungsorientierung scheint dabei mit dem Ausmaß der wahrgenommenen Dringlichkeit eines Problems und der konkreten Sichtbarkeit des damit verbundenen Leidensdrucks zuzunehmen (Extrembeispiele wären etwa akute Notlagen wie während einer Überschwemmungskatastrophe)⁵. Sie ist dabei weder a priori am Ziel der schnellen Bereinigung der Tagesordnung noch an der Propagierung der eigenen Position ausgerichtet, denn weder die Zeit noch die inhaltliche Ausrichtung stellen die zentrale Restriktion dieses Modus dar. Primäre Arbeitsrichtung ist die effektive Veränderung des gesellschaftlichen Status quo, wobei vor allem die Abgrenzung von bzw. kreative Nutzung des geltenden Rechts gestaltbildend wirken. Exemplarisch wird dies bei folgendem kommunalpolitischen Thema deutlich:

Im Zuge der Planung eines Grünzuges soll eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke an einer Stelle gebaut werden, wo bisher auch Autos fahren durften. Dagegen regt sich deutlicher Widerstand, es stehen sich zwei Parteien gegenüber: Partei C steht auf Seiten der Naherholungssuchenden, die Autoverkehr ablehnen. Partei D steht auf Seite der AnwohnerInnen, die sich ohne Autoverbindung von ihrem Viertel abgeschnitten fühlen. Der Konflikt zieht sich bereits über mehrere Sitzungen hinweg, alles deutet darauf hin, dass man sich entscheiden muss: Entweder Autos, oder ungetrübte Naherholung. Da erhält die Sache auf einmal eine neue Wendung: Man fokussiert nun auf eine Verordnung, laut der die Brücke von vornherein so gebaut werden muss, dass sie „die meisten Einwirkungen aus PKW- und LKW-Verkehr“ trägt. So wird die Erschließung für Rettungsverkehr ermöglicht. Damit kommen die ParlamentarierInnen auf die (in Deutschland vielleicht etwas überraschende) Idee, einfach keine Schilder aufzustellen – weder solche, die das Autofahren verbieten, noch solche, die es explizit erlauben. Das Kalkül ist, dass sich Ortsunkundige nicht trauen

⁵ Mit der konkreten Sichtbarkeit des Leidensdrucks lässt sich auch beispielsweise die positive Wirkung der Anwesenheit von AntragstellerInnen auf ihre eigene Sache erklären (z. B. Eck Aus11 Z216 f.).

werden, den Weg durch den Park zu nutzen, die AnwohnerInnen den Weg aber weiterhin passieren können. Auf diese Weise hätte man die meisten Autos verbannt und dennoch den AnwohnerInnen geholfen. (Adam Verw2, Aus3, Ple4, Ple7, AG8)

In diesem Fall wird also ein Konflikt zwischen als legitim anerkannten Interessen auf für BeobachterInnen zunächst einmal unerwartete Weise gelöst: die rechtlichen Rahmenbedingungen, auf die wiederholt und nachdrücklich verwiesen wird, werden als Material genutzt, um so zu einer Idee ihre konkrete Gestalt, ihre Positivform zu verleihen. Häufig wird in diesem Arbeitsmodus der rechtliche Status quo auch zur Negativform, die ambivalente Beziehung zu JuristInnen auf MitarbeiterInnenseite ist hierfür ein Indiz: Immer wieder wehren sich die Abgeordneten gegen Beschränkungen ihres Handlungsspielraumes durch juristische Interpretationen und beanspruchen Autonomie in der Wirklichkeitsdeutung: „*Sie sind nicht Jurist geworden dafür, dass Sie mir sagen, was nicht geht, ich möchte von Ihnen wissen, wie es geht*“ (Eck Int1 Z510). Professionelle politische Akteure sehen in dieser Weise in Gesetzen, Statuten und Satzungen nicht die rechtlichen Begrenzungen, als die sie im Alltag wirken, sondern sie erscheinen ihnen als Ausgangspunkt für die Entdeckung neuer Möglichkeiten, bestehendes Recht wird zum Gestaltungsmaterial. Damit geht eine spezifisch politische Kompetenz einher: in symbolischen Gegebenheiten neue Möglichkeiten zu entdecken. Produkt des Arbeitsmodus der politischen Gestaltung ist folglich weder die Bildung symbolischer Alternativen, noch das schnelle Ausstreichen von Themen von der Liste der gesellschaftlichen Problemlagen. Produkt jenes Modus ist vielmehr potentiell die effektive Überformung und damit lokale Neuordnung gesellschaftlicher Bedeutungsordnungen.

5.3 Die Kovarianz politischer Arbeits- und Interaktionsformen

Der rasche, häufig unvermittelte Wechsel zwischen verschiedenen Arbeitsmodi in Abhängigkeit von der Form des Arbeitsgegenstandes macht also zu einem großen Teil die Eigentümlichkeit des parlamentarischen Prozesses aus. Mit dem Wechsel des Arbeitsmodus geht ein mitunter drastischer Wechsel der Interaktionsform einher. Wo eben noch antagonistische Konfrontation die Situation bestimmt hat, kann die Diskussion zu einem als eher nebensächlich erachteten Folgethema in großer überfraktioneller Einstimmigkeit ablaufen. Es sind gerade diese Wechsel zwischen Konfrontation und Kooperation, die den parla-

mentarischen Prozess in der Außenwahrnehmung als so wenig intelligibel erscheinen lassen (Brichzin 2016b):

Bisher wurden in der Ausschusssitzung sehr kontroverse Themen verhandelt, und ganz ähnlich gelagerte Themen stehen noch an. Doch es nähert sich das veranschlagte Ende der Sitzung, alle Abgeordneten haben wichtige Anschlusstermine. Dennoch möchte man noch schnell einen extra zum Thema angereisten Bürgermeister zu Wort kommen lassen. Als dieser sich allerdings anschickt, ausschweifend das bisherige Vorgehen der Regierung zu kritisieren, wird er vom Vorsitzenden (obwohl der Oppositionspartei angehörig) sofort unterbrochen: „STOPP!“. Ab diesem Zeitpunkt fallen nur noch die nötigsten Worte – Konflikt entsteht nicht mehr, auch die letzten Tagesordnungspunkte werden im „Schnell-durchlauf“ abgestimmt. Mit nur 15 Minuten Verspätung endet die Sitzung schließlich. (Eck Aus15)

Während das politische Spiel stark von Konfrontativität geprägt ist, mit der sich die verschiedenen Parteien in der Öffentlichkeit vorteilhaft zu positionieren suchen – „*wenn da alles im Konsens läuft, dann haben wir ja nichts davon*“ (Decker Int2 Z40) –, ist die bestimmende Interaktionsform der Themenabfertigung kooperativ-konsensuell, mithin wird die Zusammenarbeit regelrecht zelebriert:

Beim ersten Tagesordnungspunkt der Ausschusssitzung berichtet zunächst eine Abgeordnete der Regierungspartei. Die Mitbericht-erstatlerin (Abgeordnete einer Oppositionspartei) kommt zum gleichen Ergebnis: Schöner hätte sie es auch nicht sagen können. (Eck Aus11 Z22 ff.)

Bei der Behandlung eines Tagesordnungspunktes, der sich aus einhelliger Sicht der Abgeordneten ungünstig entwickelt hat, kommt die Berichtserstatlerin zu dem Schluss: Wenn „wir“ (gemeint ist der Ausschuss) die Sache behandelt hätten, dann wäre die Sache besser abgelaufen. (Eck Aus 11 Z56 ff.)

Konflikt, mehr noch die ideologisch geprägte Auseinandersetzung, benötigt Zeit – Zeit, die man im Rahmen der Themenabfertigung nicht hat. Mit überfraktioneller Kooperativität lässt sich die Behandlung marginaler Themen beträchtlich beschleunigen: Nur in der Zusammenarbeit der SituationsteilnehmerInnen lassen sich spontan ausreichend symbolische Ressourcen mobilisieren, um eine Bereinigung symbolischer Ordnungen ad hoc zu bewältigen. Und nur durch die Vermeidung ausgeprägter Konfrontativität kann es gelingen, den Zeitbedarf zu begrenzen, der durch die ständig latente Gefahr des Wechsels in den Modus des politischen Spiels jederzeit zu explodieren droht. Allerdings ist das Verhältnis zwischen Arbeits- und Interaktionsform kein einseitiges: Eine bestimmte Interaktionsform kann zugleich den entsprechenden Arbeitsmodus nahelegen. Gerade in kleineren Parlamenten, in denen sich die Abgeordneten gegenseitig häufig recht gut

kennen und entsprechend stärker neben der rollen- auch eine personenorientierte Beziehung aufgebaut haben, wird verhältnismäßig häufiger auf das politische Spiel verzichtet. Und umgekehrt kann ein konfliktreiches Verhältnis zwischen Abgeordneten eben diesen Modus induzieren (vgl. Decker Aus14 Z141 ff.), wobei die Richtung, die der parlamentarische Arbeitsprozess einschlägt, nie von individuellen Handlungen allein abhängt – sie muss vor dem Hintergrund der Konstellation des jeweiligen Gremiums insgesamt begriffen werden.

Die Undenkbarkeit des Hin- und Herwechsels zwischen derart konträren Interaktionsformen in gesellschaftlichen Alltagssituationen deutet darauf hin, wie voraussetzungsvoll ein sozialer Prozess ist, in dem sich diese Wechsel institutionalisiert finden. Er wird vor allem deshalb möglich, weil die Bezeichnung als politisches „Spiel“ mehr ist als nur ein Name: Die im Arbeitsmodus des politischen Spiels heraufbeschworenen dramatischen inhaltlichen Unterschiede und die drastische parteiliche, mitunter sich an die Person richtende Gegnerschaft werden gerade nicht ernst genommen. Die meiste Zeit erscheinen sie als notwendige Manöver in einem Gewinnspiel um die Gunst der Öffentlichkeit, die ParlamentarierInnen sehen das Ritual des parteipolitischen Gegeneinanders sportlich. So reflektierte ja bereits Fr. Eck abgeklärt: „[...] das ist immer das Gleiche, egal wer auf welcher Seite sitzt“ (Eck Z461). An vielen Stellen lassen sich daher Zeichen reflexiver Distanz zu diesem Modus wahrnehmen, die sich erstaunlich häufig in kollektiver Erheiterung entlädt:

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an einen Kollegen der anderen Partei – dieser sei nun als Mitberichterstatter für alle bis hierher behandelten Anträge (9 Stück) zuständig. Dieser Hinweis ruft allgemeine Erheiterung hervor. Der Vorsitzende fügt fröhlich hinzu: „Sie dürfen sich auch kurz fassen!“ Anscheinend belustigt erwidert darauf der Mitberichterstatter: Das gehe nun nach diesen Vorlagen nicht so einfach. Wieder folgt allgemeine Heiterkeit. (Eck Aus15 Z184 ff.)

Das Wissen um die gemeinsame Situiertheit im komplexen sozialen Arrangement Parlament, das in solchen Momenten an die Oberfläche tritt, wird jedoch von den Abgeordneten kaum expliziert, alltägliche Momente des Konsens werden in der Wahrnehmung der Abgeordneten marginalisiert. Nach außen hin erscheint das parlamentarische Geschehen als andauernde Konfrontation der unterschiedlichen politischen Gruppen, als reiner Kampf.

5.4 Von der Idee zur „idée-force“: Erzeugung von Evidenz als zentrale Leistung der politischen Arbeit

Das bis hierhin erstellte Modell politischer Arbeit in Parlamenten lässt sich also wie folgt zusammenfassen: Im Zentrum stehen die drei zentralen Modi politischer Arbeit, nämlich das politische Spiel, die Themenabfertigung sowie die politische Gestaltung, die Ideen auf je unterschiedliche Weise ihre Gestalt verleihen und zwischen denen im parlamentarischen Alltag mitunter sehr schnell gewechselt wird. Welcher dieser Modi in Anschlag gebracht wird, hängt dabei vor allem davon ab, für wie relevant die thematisierten Problembereiche gesellschaftlicher Bedeutungsordnung (bzw. ob sie überhaupt als solche) eingeschätzt werden. Wurde ein Thema eher der Resonanzseite zugeordnet, so wird politisches Spiel wahrscheinlich, wurde es eher der Marginalseite zugeordnet, liegt Themenabfertigung nahe. Die politische Gestaltung hingegen tritt selten in Reinform, häufig aber in Verbindung mit den anderen beiden Modi auf. Die Präsenz dieses Modus scheint sich mit Dringlichkeit und Sichtbarkeit der Problemlage zu verstärken. Der Wechsel zwischen den verschiedenen Modi geht mit drastischen Wechseln der Interaktionsform einher: während das politische Spiel meist hohe Konfrontativität prägt, ist die Themenabfertigung auf Kooperativität angewiesen. Vor allem für die politische Gestaltung spielen darüber hinaus personelle Beziehungen eine bedeutsame Rolle, s. Abb. 1.

Besonders zu betonen ist, dass keine dieser Zuordnungen und Wirkungsrichtungen unidirektional ist: ebenso, wie etwa das Einschlagen eines bestimmten Arbeitsmodus die Einschätzung der Relevanz eines Themas verändern kann, so kann auch eine bestimmte Interaktionsform eher einen bestimmten Modus nahelegen. Die oben dargelegten klassischen Einteilungen parlamentarischen Tuns, die sich vor allem stark an den jeweiligen Kontexten – etwa Plenum, Fraktion, Ausschuss bzw. offizielle Sitzungen, informelle Gespräche, öffentliche Veranstaltungen etc. – orientieren, haben dagegen in Bezug auf die Formierung politischer Ideen nur wenig Erklärungskraft: die unterschiedlichen Modi politischer Arbeit machen das Geschehen in allen diesen Kontexten aus, allenfalls verschiebt sich deren jeweilige Gewichtung. Von der Tendenz her spielt dabei das politische Spiel eine umso größere Rolle, je öffentlich präsenter ein bestimmter Kontext ist (z. B. das Plenum), dasselbe gilt übrigens auch für die parlamentarischen Ebenen – je höher, desto wichtiger wird das politische Spiel.

Inwiefern aber steht am Ende dieses Prozesses tatsächlich eine „idée-force“, inwiefern gelingt es hier, die

Abb. 1: Modell politischer Arbeit in Parlamenten

gestalteten Ideen mit Bedeutung aufzuladen, so dass sie an der Stelle der problematisch gewordenen Deutungsweise wirksam wird? Nicht mit jeder Idee gelingt dies, aber es gelingt dann, wenn sich nach der Bearbeitung für die (Mehrheit der) Beteiligten und Publikum ein unmittelbares Passungsempfinden einstellt, eine transportierte Idee muss zumindest für einen Teil der Menschen als richtige Sichtweise auf die Welt übernommen werden, um symbolische Wirksamkeit zu entfalten – sie muss in „kollektives Erleben“ (Otten 2001: 209) überführt werden. Nur dann wirkt sie mobilisierend, und nur dann kann sie auch zum festen Bestandteil einer geteilten Bedeutungsordnung werden. Die Leistung, die dazu erbracht werden muss, ist die Erzeugung von Evidenz. Evidenz bezeichnet dabei die unvermittelte Einsichtsfähigkeit einer Vorstellung (Weber 2013: 150); es handelt sich also um einen Modus menschlicher Einsicht, der nicht auf langwieriger inhaltlicher Auseinandersetzung und Begründungsleistung beruht. Sie wird erzeugt, indem eine Idee zwar etwas Neues transportiert, diese Neuheit aber in unmittelbare Passung zu bringen weiß mit bereits Bekanntem, Bestehendem. Auf diese Weise ist Evidenz von zwei Momenten geprägt, die in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen: der Neuheit auf der einen Seite, die ja erst die Notwendigkeit zur Einsicht bedingt, und dem Anschluss an Bestehendes auf der anderen Seite, der die Bedingung der Möglichkeit der (weitgehend) widerstandsfreien Übernahme eines neuen Gedankens darstellt. Für die Evidenz politischer Ideen bedeutet das also: Neue Sichtweisen auf die Welt sind ohne direkten Bezug auf die hergebrachten Weltansichten nicht

denkbar. Gerade in der Moderne, in der unzählige Wert- und Deutungsebenen nebeneinander bestehen, teilweise ineinandergreifen und sich teilweise gegeneinander richten, wird die Erzeugung von Evidenz damit zu einem sehr voraussetzungsreichen Prozess. Während nun die Themenabfertigung vor allem die – für die Erzeugung von Evidenz zentrale – drastische Reduktion intensiv zu bearbeitender Sachverhalte ermöglicht, sind die beiden Arbeitsmodi politisches Spiel und politische Gestaltung erkennbar genau auf die Erzeugung solcher Passung ausgerichtet. In kontrastierender Anlehnung an die Position des politischen Gegners bzw. an den rechtlich geregelten Status quo wird die eigene Idee unmittelbar einsichtsfähig.

Über eine derart konstitutive Grundausrichtung hinaus bedienen sich jedoch die ParlamentarierInnen vielfältiger Mittel, um eine solche Passung zu verstärken und zu stabilisieren. Dazu gehört, unter anderem, der verbildlichende Einsatz von Metaphern – etwa vom „Dach [...], das das Haus zusammenhält“ (Günther Ple6 S5820). Dazu gehört die Konstruktion von historischen Kontinuitäten bzw. Brüchen. etwa wenn postuliert wird, mit der getroffenen Entscheidung „gehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung“ (Günther Ple6 S5821). Und dazu gehört insbesondere das Erzählen identitätsbildender Geschichten – etwa in den Beratungen zu einem möglichen Whistleblower-Schutzgesetz: „ohne den Kraftfahrer, der den Gammelfleischskandal aufgedeckt hat, indem er die Polizei alarmierte, hätten wir wahrscheinlich Vergiftungen durch vergammeltes Fleisch erlitten. Ohne die Altenpflegerin, die die Missstände in einem Pflegeheim in Berlin mit 150 Insas-

sen öffentlich gemacht hat [...] wäre dieser Zustand nicht beendet worden. [...] Ohne Edward Snowden wüssten wir heute nicht, dass wir millionenfach abgeschöpft wurden, und wir wüssten nicht, was wir brauchen, um uns dagegen zu wehren“ (Günther Ple7 S6019). Solche Bestandteile der Formierung politischer Ideen erleichtern die Übernahme der präsentierten symbolischen Gehalte ins eigene Deutungssystem, sie lassen jene als evident erscheinen und bedingen so Legitimität. Mit der Idee verknüpft werden sie meist durch Argumente, die damit nicht mehr als die absoluten normativen Letztbezugspunkte demokratischer Politik erscheinen wie dies häufig in deliberativen Demokratietheorien der Fall ist (Habermas 1998). Sie werden vielmehr als Werkzeuge erkennbar, die ebenso Produkte vorgängiger Formierungseleistungen sind wie alle anderen Komponenten der politischen Idee auch. Die Kunst der evidenten Rede (also der Rhetorik) ist damit weniger Kunst als vielmehr harte Arbeit. Die Arbeit nämlich: in eine Welt, in der an sich nichts mehr selbstverständlich ist, neue Selbstverständlichkeiten hervorzubringen.

6 Und wieder: harte Bretter bohren

Eingangs ist die Frage aufgekommen, was Weber nun eigentlich gemeint haben könnte mit seiner Metapher vom politisch notwendigen „Bohren harter Bretter“. Diese Studie hat gezeigt, dass die politisch zu bearbeitenden Ideen die harten Bretter sind, und dass das Bohren die komplexe und anstrengende Tätigkeit der Bearbeitung jener Ideen ist. Jene Tätigkeit wurde in einem Modell politischer Arbeit rekonstruiert, das die drei Arbeitsmodi politisches Spiel, Themenabfertigung und politische Gestaltung umgreift. Doch folgt man Bourdieu, so sind die Ideen „harte Bretter“ nicht deshalb, weil sie auf rationalem Wege mit der objektiven Wahrheit bzw. auf repräsentativem Wege mit dem Volkswillen in Übereinstimmung gebracht werden müssten. Politische Arbeit an Ideen ist gerade deshalb so schwierig, weil es eben keine objektiv manifeste, invariant und a priori gegebene externe Größe, kein invariantes Außen – wie etwa Wahrheit und Volkswille – gibt, welches die Bearbeitungsrichtung eindeutig anleiten könnte. Vielmehr wirkt politische Praxis auf symbolische Ordnung, und letztere wirkt wieder auf erstere zurück, ihr Verhältnis ist dialektisch. Indem die politischen Akteure daran arbeiten, den Anschluss zwischen einer Idee und der symbolischen Ordnung herzustellen, indem sie versuchen, Evidenz zu erzeugen, wird jene Ordnung selbst verändert. Und damit: unsere Sichtweise auf die Welt als Bedingung künftiger politischer Praxis.

Natürlich gilt es nun, dieses über eine begrenzte Beobachtungszeit bei der Begleitung weniger Abgeordneter empirisch generierte theoretische Modell weiter auf Tragfähigkeit, Vollständigkeit und Generalität zu prüfen: Hält das Modell dem breiteren Einsatz in weiteren Parlamenten stand? Lässt sich eine historische Entwicklung der Arbeitsmodi nachvollziehen und, möchte man noch ein Stück weiter gehen, handelt es sich um spezifisch deutsche Muster parlamentarischer Arbeit, oder lässt sich eine ähnliche Praxis auch etwa in anderen westlichen Parlamenten rekonstruieren? Lassen sich parteispezifische Arbeitsprofile erstellen, und bleibt in der bisherigen Darstellung ein wichtiger Aspekt unberücksichtigt? Auf solche Fragen kann die vorliegende Studie keine Antworten mehr geben. Aber erkennbar geworden ist vielleicht, welches Sichtfeld eine theoretische Perspektive eröffnet, die sich für die kulturell produktive Wirkung des Politischen interessiert. Dadurch wird aber natürlich die Relevanz weder der macht- noch der entscheidungstheoretischen Zugänge zur Politik infrage gestellt. Der Einbezug neuer theoretischer Überlegungen kann jedoch dazu dienen, die Kategorien zu schärfen, mit denen wir uns dem Phänomenbereich des Politischen nähern: Nicht alles, was Macht ist, ist Politik. Nicht jede Entscheidung, die wir tätigen, ist politisch. Die vorliegende Analyse stützt die Vermutung, dass das spezifisch Politische – als Kampf um gesellschaftliche Deutungshoheit (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 101) – sich in der produktiven Verbindung von Macht und Symbolik bestimmt: Politische Macht basiert auf dem Einfluss auf symbolische Ordnungen; die Erzeugung von Evidenz in der politischen Arbeit bezeichnet den Moment, in dem dieser Einfluss aktiv erwirkt werden kann. Einsicht in die Logik politischer Praxis kann dabei helfen, diesen Zusammenhang zu begreifen.

Danksagung: Ich danke Hans Pongratz, den anonymen GutachterInnen, sowie den HerausgeberInnen für viele erhellende Anmerkungen.

Literatur

- Amann, K. & S. Hirschauer, 1997: Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm. S. 7–52 in: S. Hirschauer & K. Amann (Hrsg.), Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Arendt, H., 1993: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. Hg. von Ursula Ludz. München: Piper.
- Bagehot, W., 1971: Die englische Verfassung. Hg. und eingeleitet von Klaus Streifhau. Neuwied/Berlin: Luchterhand.

- Best, H., S. Jahr & L. Vogel, 2011: Karrieremuster und Karrierekalküle deutscher Parlamentarier. S. 168–191 in: W. Patzelt & M. Edinger (Hrsg.), *Politik als Beruf. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 44*. Wiesbaden: VS.
- Beyme, K., 1999: *Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweisen 1789–1999*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Blum, S., K. Schubert, 2011: *Politikfeldanalyse*. Wiesbaden: VS.
- Bohnsack, R., 2010: *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*. Opladen: Budrich.
- Borchert, J., 2003: *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bourdieu, P., 1979: *Entwurf einer Theorie der Praxis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P., 1991: Die politische Repräsentation. *Berliner Journal für Soziologie* 4: 489–515.
- Bourdieu, P., 2001: *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P., 2009: *Religion. Schriften zur Kulturosoziologie* 5. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P., 2010: *Politik. Schriften zur politischen Ökonomie* 2. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P. & L. Wacquant, 1996: Die Ziele der reflexiven Soziologie. S. 95–250 in: Dies., *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brichzin, J., 2016a: *Parlamentarische Praxis – der Stand der Forschung zur zentralen Institution der Demokratie*. *Soziale Welt* 67: 91–112.
- Brichzin, J., 2016b: *Krise des politischen Alltags – Eine ethnografische Parlamentsstudie zur Entfremdung des Politischen*. S. 91–112 in: F. Adloff, A. Antony & G. Sebald (Hrsg.), *Handlungs- und Interaktionskrisen. Theoretische und empirische mikrosoziologische Perspektiven. Sonderheft 41 Österreichische Zeitschrift für Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Busby, A., 2013: *Normal Parliament: Exploring the Organisation of Everyday Political Life in an MEP's Office*. *Journal of Contemporary European Research* 9: 94–115.
- Cohen, M., J. March & J. Olsen, 1972: A Garbage Can Model of Organizational Choice. *Administrative Science Quarterly* 17: 1–25.
- Czarniawska, B., 2007: *Shadowing and Other Techniques for Doing Fieldwork in Modern Societies*. Herndon: Copenhagen Business School Press.
- DeLeon, P., 1999: The Stages Approach to the Policy Process. What Has it Done? Where is it Going? S. 19–32 in: P. Sabatier (Hrsg.), *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press.
- Easton, D., 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons.
- Feldkamp, M., 2011: *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010*. Baden-Baden: Nomos.
- Fenno, R., 1986: Observation, Context, and Sequence in the Study of Politics. *American Political Science Review* 80: 3–15.
- Fenno, R., 1978: *Home Style. House Members in Their Districts*. Boston/Toronto: Little, Brown and Company.
- Foucault, M., 2005: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band IV. 1980–88*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraenkel, E., 1991: *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fritsch, P., 2001: Einführung. In: P. Bourdieu, *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK.
- Garfinkel, H., 1984: *Studies in Ethnomethodology*. Cambridge: Polity Press.
- Glaser, B. & A. Strauss, 1971: *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*. Chicago: Aldine.
- Habermas, J., 1998: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Herzog, D., H. Rebenstorf, C. Werner & B. Wessels, 1990: *Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hitzler, R., 1994: Die banale Seite der Macht. *Politik als Beruf heute – und morgen*. S. 280–292 in: H. Berking, R. Hitzler & S. Neckel (Hrsg.), *Politikertypen in Europa*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Holtenkamp, L., 2011: Professionalisierung der Kommunalpolitik? Empirische und normative Befunde. S. 103–120, in: W. Patzelt & M. Edinger (Hrsg.), *Politik als Beruf. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 44*. Wiesbaden: VS.
- Ismayr, W., 2009: Der Deutsche Bundestag seit 1990. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28: 34–40.
- Jekewitz, J., 1995: Das Personal der Parlamentsfraktionen. Funktion und Status zwischen Politik und Verwaltung. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 26: 395–422.
- Kingdon, J., 2011: *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Glenview: Pearson.
- König, A. & O. Berli, 2012: Das Paradox der Doxa – Macht und Herrschaft als Leitmotiv der Soziologie Pierre Bourdieus. S. 303–333 in: P. Imbusch (Hrsg.), *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Lessenich, S., 2008: *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: Transcript.
- Leuschner, V., 2011: *Politische Freundschaften. Informelle Beziehungen im Deutschen Bundestag*. Baden-Baden: Nomos.
- Luhmann, N., 2002: *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Maier, J., 2000: *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Marschall, S., 2005: *Parlamentarismus. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos.
- Marx, K., 1975: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*. Berlin: Dietz.
- Mayntz, G., 2002: Der unbekannte Star: Die Präsenz des Bundestages in den Medien. S. 201–214 in: H. Oberreuter, U. Kranenpohl & M. Sebaldt (Hrsg.), *Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Mayntz, R. & F. Neidhardt, 1989: *Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirisch explorative Studie*. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3: 370–387.
- Nassehi, A. & M. Schroer, 2003: *Der Begriff des Politischen. Soziale Welt Sonderband 14*. Baden-Baden: Nomos.
- Nullmeier, F., T. Pritzlaff & A. Wiesner, 2003: *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik*. Frankfurt am Main/New York: Campus.

- Oertzen, J., 2009: Rollentheorie als Werkzeug der Parlamentarismusforschung. S. 217–230 in: H. Schöne & J. Blumenthal (Hrsg.), *Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag*. Baden-Baden: Nomos.
- Otten, H., 2001: Wie kreativ ist der homo politicus? Überlegungen zu Max Weber. S. 189–214 in: H. Bluhm & J. Gebhardt (Hrsg.): *Konzepte politischen Handelns. Kreativität – Innovation – Praxen*. Baden-Baden: Nomos.
- Palonen, K., 2008: *The Politics of Limited Times. The Rhetoric of Temporal Judgment in Parliamentary Democracies*. Baden-Baden: Nomos.
- Pappi, F., T. König & D. Knoke (1995): *Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Patzelt, W., 1996: Deutschlands Abgeordnete: Profil eines Berufsstands, der weit besser ist als sein Ruf. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27: 462–502.
- Patzelt, W., 1994: Das Volk und seine Vertreter: eine gestörte Beziehung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11: 14–23.
- Patzelt, W. & M. Edinger, 2011: Politik als Beruf. Zum politischen Führungspersonal in der modernen Demokratie. S. 9–32 in: Dies. (Hrsg.), *Politik als Beruf. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 44*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pitkin, H., 1967: *The Concept of Representation*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Pressman, J. & A. Wildavsky, 1974: *Implementation. How great expectations in Washington are dashed in Oakland*. Berkeley: University of California Press.
- Pritzlaff, T., 2003: Positionierung im parlamentarischen Prozess. S. 245–266 in: M. Maier, F. Nullmaier, T. Pritzlaff & A. Wiesner (Hrsg.), *Politik als Lernprozess. Wissenszentrierter Ansätze der Politikanalyse*. Opladen: Leske + Budrich.
- Reckwitz, A., 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie* 32: 282–301.
- Sabatier, P., 1999: The Need for Better Theories. S. 3–18 in: Ders. (Hrsg.), *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press.
- Sarcinelli, U., 2011: *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Scharpf, F., 1985: Die Politikverflechtungs-Falle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 26: 323–356.
- Scheffer, T., 2014: Die Arbeit an den Positionen. Zur Mikrofundierung von Politik in Abgeordnetenbüros des Deutschen Bundestages. S. 369–389 in: B. Heintz & H. Tyrell (Hrsg.), *Interaktion – Organisation – Gesellschaft. Sonderband Zeitschrift für Soziologie*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Schöne, H., 2010: *Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie*. Baden-Baden: Nomos.
- Schüttemeyer, S., 2003: Die Bundestagsabgeordneten im Kräftefeld von Parlament, Fraktion, Partei und Wählern. S. 77–100 in: G. Breit & P. Massing (Hrsg.): *Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Schwalbach: Wochenschau.
- Schüttemeyer, S., 1986: *Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismus-perzeption in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Searing, D., 1994: *Westminster's World. Understanding Political Roles*. Cambridge: Harvard University Press.
- Siri, J., 2012: *Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form*. Wiesbaden: Springer VS.
- Steffani, W., 1965: *Amerikanischer Kongress und Deutscher Bundestag: Ein Vergleich*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43: 12–24.
- Wahlke, J., H. Eulau, W. Buchanan & L. Ferguson, 1962: *The Legislative System. Explorations in Legislative Behavior*. New York/London: John Wiley and Sons.
- Weber, M., 2013: *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie, unvollendet 1919–1920*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weber, M., 1992: *Politik als Beruf*. Stuttgart: Reclam.
- Weber, M., 1988: *Gesammelte Politische Schriften*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Windhoff-Héritier, A., 1987: *Policy-Analyse. Eine Einführung*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Wodak, R., 2009: *The Discourse of Politics in Action. Politics as Usual*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Autorenvorstellung

Jenni Brichzin

Institut für Politikwissenschaft und Soziologie, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Wittelsbacherplatz 1, 97074 Würzburg, E-Mail: jennifer.brichzin@uni-wuerzburg.de

Jenni Brichzin, geb. 1983 in München. Studium der Soziologie und Promotion in München; seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg.

Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, soziologische Theorie, relationale Soziologie.

Publikationen zum Thema: *Politische Arbeit in Parlamenten. Eine ethnografische Studie zur kulturellen Produktion im politischen Feld*, Baden-Baden 2016; *Parlamentarische Praxis – Der Stand der Forschung zur zentralen Institution der Demokratie, Soziale Welt* 67; *Krise des politischen Alltags? Eine ethnografische Parlamentsstudie zur gesellschaftlichen Entfremdung des Politischen*. In: F. Adloff, A. Antony & G. Sebald (Hrsg.), *Handlungs- und Interaktionskrisen. Theoretische und empirische mikrosoziologische Perspektiven*. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 41, Sonderheft.